Wahlprogramm FDP Lüneburg 2026

Zukunft von hier.
Damit Lüneburg funktioniert.

Leitbild: Damit Lüneburg funktioniert

Zukunft entsteht vor Ort, wenn eine Stadt ihre Aufgaben zuverlässig erfüllt.

Lüneburg ist eine starke Stadt. Sie ist historisch gewachsen, kulturell attraktiv, wirtschaftlich vielseitig, wissenschaftlich geprägt und als Oberzentrum für Stadt und Landkreis von besonderer Bedeutung. Gerade deshalb darf Kommunalpolitik nicht bei guten Absichten stehen bleiben. Eine Stadt funktioniert nur dann, wenn Verwaltung Dienstleister ist, Finanzen geordnet sind, Verkehr planbar bleibt, Schulen gut ausgestattet sind, Unternehmen investieren können und Ehrenamt, Kultur, Sport und Feuerwehr verlässlich unterstützt werden.

Wir als FDP setzen in der Kommunalwahl 2026 auf eine einfache und klare Botschaft: Damit Lüneburg funktioniert. Dieser Satz beschreibt, worum es in der Kommunalpolitik im Kern geht. Es reicht nicht, große Ziele zu formulieren, wenn am Ende Anträge liegen bleiben, Baustellen schlecht koordiniert werden, Gewerbeflächen fehlen, Schulgebäude sanierungsbedürftig sind oder Bürgerinnen und Bürger in Verfahren nicht vorankommen.

Die Landeslinie der FDP Niedersachsen lautet: Zukunft von hier. Für den Stadtverband Lüneburg übersetzen wir diese Linie: “Bewusst kommunal”. Zukunft entsteht nicht irgendwo, sondern hier vor Ort, dort, wo Entscheidungen getroffen werden, die das tägliche Leben der Menschen unmittelbar beeinflussen. Eine moderne Verwaltung muss dabei verlässlicher Dienstleister sein, Bildung höchste Priorität genießen und die Wirtschaft die Rahmenbedingungen erhalten, um Innovation, Arbeitsplätze und Wohlstand zu schaffen. Gleichzeitig wollen wir eine Stadtentwicklung gestalten, die Lebensqualität verbessert, soziale Teilhabe stärkt und unsere Stadt nachhaltig für kommende Generationen aufstellt.

Wir als Freie Demokraten stehen für eine Politik, die pragmatisch, bürgernah und lösungsorientiert ist. Wir wollen keine Politik, die Verkehrsträger gegeneinander ausspielt, Eigentümer unter Generalverdacht stellt, Unternehmen durch neue Belastungen schwächt oder Haushaltsprobleme in die Zukunft verschiebt. Wir wollen eine Stadt, die ermöglicht, statt zu blockieren.

Damit Lüneburg funktioniert, müssen Freiheit und Verantwortung zusammen gedacht werden. Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Vereine, Schulen und Initiativen brauchen Freiräume. Gleichzeitig braucht die Stadt klare Regeln, verlässliche Prioritäten und eine Politik, die die finanziellen und praktischen Folgen ihrer Entscheidungen ernst nimmt.

Inhalt

1. Leitbild: Damit Lüneburg funktioniert 2
2. Solide Finanzen und klare Prioritäten 4
3. Verwaltung und Digitalisierung: Dienstleister statt Hürde 5
4. Gute Bildung, starke Schulen und verlässliche Betreuung 6
5. Wirtschaft, Industrie und Gewerbeflächen: Arbeitsplätze sichern 7
6. Mobilität und Oberzentrum: erreichbar bleiben 8
7. Innenstadt, Handel und Gastronomie: das Herz der Stadt stärken 9
8. Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung: schneller und verlässlicher 10
9. Klima, Umwelt und Energie: wirksam, bezahlbar, technologieoffen 11
10. Sicherheit, Feuerwehr und Ehrenamt: verlässlich unterstützen 12
11. Kultur, Sport, Jugend und Stadtteile: Zusammenhalt vor Ort 13
12. Ratsarbeit als Grundlage: aus Erfahrung handeln 14

Solide Finanzen und klare Prioritäten

Eine Stadt bleibt nur handlungsfähig, wenn sie ehrlich priorisiert.

Die finanzielle Lage der Hansestadt Lüneburg ist mehr als angespannt. Gerade in einer solchen Situation zeigt sich, ob Kommunalpolitik Verantwortung übernimmt. Wer alles gleichzeitig verspricht, gefährdet am Ende genau die Aufgaben, die für die Menschen besonders wichtig sind. Solide Finanzen sind kein Selbstzweck. Sie sind die Voraussetzung dafür, dass Lüneburg investieren, gestalten und auch in Krisen handlungsfähig bleiben kann. Solide Finanzen sind kein Selbstzweck, sie sind die Voraussetzung dafür, dass Lüneburg investieren, gestalten und auch in Krisen handlungsfähig bleiben kann. Nachhaltigkeit ohne solide Finanzen gibt es nicht.

Wir als FDP setzen auf eine klare Prioritätenpolitik. Neue Projekte müssen vor einer Entscheidung transparent danach bewertet werden, welchen Nutzen sie haben, welche Investitionskosten entstehen, welche Folgekosten dauerhaft anfallen und ob Personal, Pflege, Betrieb und Unterhaltung realistisch gesichert sind. Eine Maßnahme, die auf dem Papier gut klingt, aber später Geld, Personal und Verwaltungskraft bindet, ohne messbaren Nutzen zu bringen, hilft uns nicht weiter.

Lüneburg braucht eine ehrliche Haushaltssteuerung. Dazu gehören regelmäßige Berichte über Haushaltsrisiken, Rückstellungen, Investitionsstau, große Bauprojekte und die Entwicklung freiwilliger Leistungen. Gerade bei großen Vorhaben müssen Politik und Öffentlichkeit frühzeitig erkennen können, ob Kosten steigen, Zeitpläne kippen oder Prioritäten neu gesetzt werden müssen.

Wir als Freie Demokraten wollen freiwillige Leistungen nicht pauschal schlechtreden. Kultur, Sport, Jugend, Ehrenamt und soziale Angebote prägen Lüneburg. Aber jede Ausweitung muss finanziert sein und darf Pflichtaufgaben nicht verdrängen. Wer Schulen, Feuerwehr, Straßen, Brücken, Verwaltung und Digitalisierung vernachlässigt, gefährdet die Grundlage einer funktionierenden Stadt.

Die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Lüneburg bleibt für uns ein wichtiger liberaler Erfolg. Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht durch unkalkulierbare kommunale Sonderlasten überfordert werden, eine Wiedereinführung durch die Hintertür lehnen wir ab. Stattdessen braucht Lüneburg eine verlässliche und transparente Finanzierung kommunaler Infrastruktur.

Verwaltung und Digitalisierung: Dienstleister statt Hürde

Verwaltung entscheidet im Alltag darüber, ob Chancen entstehen oder verhindert werden.

Eine funktionierende Verwaltung ist mehr als ein interner Ablauf der Stadt. Sie ist Standortfaktor, Familienentlastung, Vertrauensfrage und Voraussetzung für Investitionen. Wer bauen, gründen, erweitern, eine Veranstaltung organisieren oder einen Antrag stellen will, nimmt die Stadt zuerst über ihre Verwaltung war. Deshalb muss Verwaltung schneller, verständlicher, digitaler und serviceorientierter werden.

Wir als FDP setzen darauf, dass die Verwaltung stärker als Dienstleister und Ermöglicher verstanden wird. Bürgerinnen und Bürger sollen nicht von Stelle zu Stelle geschickt werden. Unternehmen sollen nicht wochenlang im Unklaren bleiben. Vereine und Veranstalter brauchen klare Auskünfte, transparente Verfahren und verlässliche Fristen. Serviceorientierung bedeutet nicht, jede Entscheidung zu vereinfachen. Sie bedeutet aber, Zuständigkeiten zu klären, Verfahren nachvollziehbar zu machen und Lösungen aktiv zu ermöglichen.

Dazu gehört Digitalisierung, die im Alltag tatsächlich entlastet. Digitale Akten, Online-Anträge, Statusinformationen und klare Rückmeldefristen sind keine Spielerei. Sie sorgen dafür, dass Verfahren schneller werden und weniger Arbeitszeit in Rückfragen, Papierwegen und Doppelstrukturen verloren geht. Digitalisierung darf nicht bedeuten, dass Bürgerinnen und Bürger PDF-Formulare herunterladen, ausdrucken, unterschreiben und wieder einscannen müssen.

Wir als Freie Demokraten wollen einen wirtschaftsfreundlichen und bürgernahen Servicegedanken in der Verwaltung stärken. Für Unternehmen, Bauwillige, Vereine und Veranstalter sollen feste Ansprechpersonen und klare Prozesswege geschaffen werden. Wer investiert oder sich engagieren will, darf nicht zuerst an unklaren Zuständigkeiten scheitern.

Damit Lüneburg funktioniert, muss die Verwaltung nicht einfach größer, sondern besser organisiert, digitaler und serviceorientierter werden. Jede neue Regel, jedes neue Formular und jede neue Berichtspflicht muss sich daran messen lassen, ob sie wirklich nötig ist und ob sie den Alltag verbessert.

Gute Bildung, starke Schulen und verlässliche Betreuung

Bildung ist Zukunftspolitik - und eine kommunale Kernaufgabe.

Bildung ist eines der wichtigsten Zukunftsthemen für Lüneburg. Die Stadt entscheidet nicht über Lehrpläne und nicht über die Lehrerversorgung des Landes. Aber sie trägt Verantwortung für Schulgebäude, Ausstattung, Digitalisierung, Schulhöfe, Mensen, Ganztagsflächen, Sporthallen und die baulichen Rahmenbedingungen. Genau hier entscheidet sich, ob Bildung vor Ort verlässlich funktioniert.

Wir als FDP setzen darauf, Schulpolitik nicht nur als Bau- oder Finanzthema zu behandeln. Gute Schulen brauchen funktionierende Gebäude, moderne Fachräume, verlässliche digitale Ausstattung, saubere Zuständigkeiten und eine enge Zusammenarbeit mit Schulleitungen, Eltern, Schülerinnen und Schülern. Wer Bildung ernst nimmt, muss auch die praktischen Bedingungen ernst nehmen, unter denen Kinder lernen und Lehrkräfte arbeiten.

Lüneburg braucht einen Schulbau- und Sanierungsfahrplan, der Prioritäten offen benennt. Nicht jede Maßnahme kann gleichzeitig umgesetzt werden. Unrealistische Versprechungen Schaden mehr als diese nutzen, Verlässlichkeit muss höchste Priorität haben. Umso wichtiger ist, dass klar ist, welche Standorte zuerst behandelt werden müssen, welche Maßnahmen pädagogisch besonders dringend sind und welche Investitionen langfristig wirken. Entscheidungen dürfen nicht davon abhängen, wer gerade den größten öffentlichen Druck erzeugt.

Der Ausbau des Ganztags muss mit Vereinen, Sport, Kultur, Jugendhilfe und freien Trägern zusammengedacht werden. Ganztag darf nicht nur Betreuung sein, sondern soll Kindern echte Chancen eröffnen und sie fördern. Dafür braucht es Räume, Personal, Koordination und Angebote, die über reine Verwahrung hinausgehen.

Auch sichere Schulwege gehören zu guter Bildungspolitik. An belasteten Standorten müssen Verkehr, Querungen, Haltestellen, Fahrradwege und Hol- und Bringverkehre realistisch betrachtet werden. Ideologische Vorgaben helfen nicht, wenn sie vor Ort nicht funktionieren. Wir wollen Lösungen, die Sicherheit erhöhen und den Alltag von Familien tatsächlich entlasten.

Wirtschaft, Industrie und Gewerbeflächen: Arbeitsplätze sichern

Eine starke Stadt braucht Unternehmen, die bleiben, wachsen und investieren können.

Eine starke Wirtschaft ist die Grundlage kommunaler Handlungsfähigkeit. Unternehmen schaffen Arbeitsplätze, Ausbildung, Innovation und Gewerbesteuereinnahmen. Sie finanzieren damit indirekt Schulen, Kultur, Sport, Feuerwehr, soziale Angebote und Infrastruktur. Wer Wirtschaftspolitik nur als Nebenthema betrachtet, gefährdet die Handlungsfähigkeit der gesamten Stadt.

Die jüngsten Entwicklungen in der Industrie zeigen, dass Standortpolitik nicht dem Zufall überlassen werden darf. Wenn Unternehmen Standorte verkleinern, verlagern oder schließen, betrifft das Beschäftigte, Familien, Zulieferer, Handwerk, Handel und die Stadtfinanzen. Lüneburg muss früher erkennen, wo Standortprobleme entstehen, welche Flächen fehlen, welche Genehmigungen stocken und welche Rahmenbedingungen Unternehmen brauchen.

Dazu gehören neue und geeignete Gewerbeflächen. Lüneburg darf Betriebe nicht nur dann wahrnehmen, wenn Arbeitsplätze verloren gehen. Wer Erweiterungen, Neuansiedlungen und Transformation ermöglichen will, muss Flächen entwickeln, Verfahren beschleunigen und Konflikte frühzeitig lösen. Der Bilmer Berg und weitere geeignete Standorte müssen deshalb konsequent in eine aktive Standortpolitik eingebunden werden.

Wir als FDP setzen uns für einen Runden Tisch Wirtschaft mit konkretem Arbeitsprogramm ein. Wirtschaftsförderung, Verwaltung, Kammern, Unternehmen, Handwerk, Handel, Gastronomie, Universität und Politik müssen nicht nur allgemein miteinander sprechen, sondern konkrete Hemmnisse abbauen: Flächen, Genehmigungen, Verkehrsanbindung, Energie, Fachkräfte, Innenstadt, Gründung und Nachfolge.

Lüneburg braucht einen Wirtschaftslotsen als zentralen Ansprechpartner für Betriebe, Ansiedlungen und Erweiterungen. Unternehmen sollen wissen, an wen sie sich wenden können, welche Schritte erforderlich sind und wann sie mit Antworten rechnen können. Gerade kleine und mittlere Betriebe können es sich nicht leisten, monatelang in Verfahren festzuhängen.

Den Lückenschluss der A39 sehen wir als wichtigen Baustein für Nordostniedersachsen. Für Lüneburg geht es dabei nicht nur um Verkehr, sondern auch um Standortqualität, Erreichbarkeit und wirtschaftliche Entwicklung. Wir setzen darauf, dass der Baustart vorankommt und die Stadt die Bauphasen aktiv begleitet, damit Belastungen begrenzt und Chancen genutzt werden.

Wir lehnen zusätzliche kommunale Sondersteuern ab, die Handel, Gastronomie, Betriebe und Verbraucher belasten. Lüneburg braucht mehr wirtschaftliche Dynamik, nicht neue Bürokratie. Damit Lüneburg funktioniert, müssen diejenigen, die Arbeit schaffen, Ausbildung ermöglichen und investieren, verlässliche Partner in Politik und Verwaltung finden.

Mobilität und Oberzentrum: erreichbar bleiben

Mobilität muss verbinden - nicht spalten.

Lüneburg ist Oberzentrum. Menschen kommen aus den Stadtteilen, aus dem Landkreis und aus Nachbarregionen in die Stadt: zur Arbeit, zur Schule, zur Universität, zum Einkaufen, für Arztbesuche, Kultur, Gastronomie, Verwaltung und Freizeit. Wer Lüneburg als Oberzentrum ernst nimmt, muss Erreichbarkeit für alle Verkehrsträger sicherstellen.

Wir als FDP setzen auf Vernunft im Verkehr. Fußverkehr, Radverkehr, ÖPNV, Auto, Handwerk, Lieferverkehr, Rettungsdienst und Feuerwehr haben alle berechtigten Anforderungen. Eine funktionierende Stadt entsteht nicht dadurch, dass man einzelne Gruppen gegeneinander ausspielt. Sie entsteht durch Planung, die realistische Wege, sichere Verbindungen und verlässliche Erreichbarkeit schafft.

Der Nachhaltige Urbane Mobilitätsplan und größere Verkehrsmaßnahmen müssen nach Kosten, Nutzen und Umsetzbarkeit bewertet werden. Gute Ziele allein reichen nicht. Wenn Maßnahmen hohe Folgekosten auslösen, wichtige Verkehrsbeziehungen unterbrechen oder Rettungswege erschweren, müssen sie neu bewertet werden. Wir wollen Mobilität, die im Alltag funktioniert.

Barrierefreiheit ist auf vielen Straßen und Wegen Lüneburgs noch nicht ausreichend vorhanden. Bordsteine, Querungen und Oberflächen müssen den Bedürfnissen der Menschen angepasst werden, ohne in Konflikt mit der Stadtbildpflege oder dem Denkmalschutz zu kommen.

Als Oberzentrum braucht Lüneburg ein modernes Parkleitsystem, bessere digitale Informationen und eine verlässliche Baustellenkommunikation. Wer mit dem Auto in die Stadt kommt, soll nicht unnötig Parksuchverkehr erzeugen. Wer Bus oder Bahn nutzen will, braucht verlässliche Takte, gute Anschlüsse und verständliche Informationen. Wer mit dem Fahrrad unterwegs ist, braucht sichere und sinnvolle Verbindungen.

Wir als Freie Demokraten unterstützen die Reaktivierung der Bahnstrecke Richtung Soltau mit zusätzlichen Haltepunkten an der Universität und in Rettmer. Diese Verbindung kann Stadtteile, Universität, Pendlerinnen und Pendler sowie den regionalen Verkehr besser anbinden. Sie ist ein Beispiel dafür, wie moderne Mobilität konkret und alltagstauglich aussehen kann.

Für die Innenstadt und größere Veranstaltungen wollen wir P+R- und Shuttle-Lösungen an nachfragestarken Tagen prüfen. Solche Angebote können die Erreichbarkeit verbessern, ohne die Innenstadt zusätzlich zu belasten. Voraussetzung ist, dass sie verlässlich, gut kommuniziert und mit Parken, ÖPNV und Veranstaltungsplanung verzahnt werden.

Damit Lüneburg funktioniert, müssen Feuerwehr und Rettungsdienst frühzeitig in Verkehrsänderungen eingebunden werden. Poller, Einbahnstraßen, Baustellen, Sperrungen und neue Quartiere haben direkte Auswirkungen auf Hilfsfristen und Einsatzwege. Verkehrspolitik ist damit auch Sicherheitspolitik.

Innenstadt, Handel und Gastronomie: das Herz der Stadt stärken

Eine lebendige Innenstadt braucht Erreichbarkeit, Aufenthaltsqualität und wirtschaftliche Perspektive.

Die Lüneburger Innenstadt ist mehr als eine Einkaufsstraße. Sie ist Arbeitsort, touristischer Magnet, Kulturraum, Treffpunkt, Gastronomiestandort und Identifikationspunkt für die ganze Region. Wenn die Innenstadt schwächer wird, verliert Lüneburg insgesamt an Attraktivität.

Leerstand, verändertes Einkaufsverhalten, Baustellen, Kostensteigerungen und Erreichbarkeitsprobleme setzen Handel und Gastronomie unter Druck. Wir als FDP wollen eine Innenstadtpolitik, die nicht nur über Aufenthaltsqualität spricht, sondern auch die wirtschaftliche Grundlage von Betrieben ernst nimmt. Eine schöne Innenstadt hilft wenig, wenn Geschäfte schließen und Besucherinnen und Besucher ausbleiben.

Ein aktives Leerstandsmonitoring und ein besseres Flächenmanagement können helfen, Entwicklungen frühzeitig zu erkennen. Stadt, Eigentümer, Wirtschaftsförderung und Betriebe müssen gemeinsam daran arbeiten, Leerstand zu vermeiden, Zwischennutzungen zu ermöglichen und neue Konzepte zu unterstützen. Dabei darf die Stadt nicht nur reagieren, sondern muss aktiv moderieren.

Deshalb schlagen wir vor, dass die eine Person aus der Stadtverwaltung die in der Innenstadt lebenden und arbeitenden Menschen aktiv aufsucht, um so frühzeitig ihre Anregungen, Probleme, Befürchtungen und Wünsche aufnehmen zu können. Nur so lassen sich Lösungen frühzeitig finden.

Wir setzen uns dafür ein, die Sauberkeit in der Innenstadt weiter zu verbessern. Überquellende Mülleimer, verschmutzte Oberflächen und Hauseingänge müssen der Vergangenheit angehören.

Wir als Freie Demokraten setzen uns für Innenstadt-WLAN, digitale Informationen über Veranstaltungen, Parken, ÖPNV und Baustellen sowie eine bessere Kommunikation ein. Wer in die Stadt kommt, soll schnell erkennen können, was los ist, wie man hinkommt und wo freie Kapazitäten bestehen. Digitale Sichtbarkeit ist für eine moderne Innenstadt ein Standortfaktor.

Eine kommunale Verpackungssteuer lehnen wir ab. Sie würde neue Bürokratie schaffen, Betriebe zusätzlich belasten und am Ende auch Verbraucherinnen und Verbraucher treffen. Wir setzen stattdessen auf Kooperation, Abfallvermeidung, gute Entsorgungsstrukturen und praktikable Lösungen mit Handel und Gastronomie.

Damit Lüneburg funktioniert, muss die Innenstadt erreichbar bleiben und gleichzeitig Aufenthaltsqualität bieten. Das ist kein Widerspruch. Gute Stadtpolitik sorgt dafür, dass Menschen gerne kommen, Betriebe erfolgreich arbeiten können und öffentliche Räume gepflegt, sicher und einladend sind.

Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung: schneller und verlässlicher

Bezahlbarer Wohnraum entsteht durch mehr Angebot und bessere Verfahren.

Bezahlbarer Wohnraum entsteht nicht durch Ankündigungen allein. Er entsteht durch Bauland, verlässliche Verfahren, Investitionsbereitschaft, Infrastruktur und klare Entscheidungen. Lüneburg wächst, gleichzeitig steigen Baukosten, Anforderungen und Verfahrensdauer. Wer Wohnen bezahlbarer machen will, muss Bauen einfacher, schneller und planbarer machen.

Wir als FDP setzen auf mehr Tempo bei Bauanträgen, Nutzungsänderungen und Bebauungsplanverfahren. Lange Bearbeitungszeiten verteuern Projekte und verhindern Wohnraum. Deshalb wollen wir ein Verfahrensmonitoring, klare Zuständigkeiten, digitale Bearbeitung und realistische Fristen. Verwaltung muss frühzeitig sagen, was möglich ist, was fehlt und wo Hindernisse liegen.

Neue Baugebiete brauchen frühzeitig einen Infrastrukturcheck. Kita, Schule, Verkehr, Feuerwehr, Löschwasser, Entwässerung, Grünpflege, Nahversorgung und ÖPNV müssen vor Ort funktionieren. Es hilft niemandem, Wohnungen zu planen, wenn anschließend die Infrastruktur fehlt oder Folgekosten unklar bleiben.

Wir als Freie Demokraten wollen vielfältige Wohnformen ermöglichen. Familien, Studierende, Auszubildende, Senioren, Menschen mit Behinderung und Beschäftigte mit normalem Einkommen haben unterschiedliche Bedürfnisse. Lüneburg braucht Mietwohnungen, Eigentum, genossenschaftliche Modelle, Nachverdichtung mit Augenmaß und neue Quartiere, die tatsächlich alltagstauglich sind.

Eigentum und Miete dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Lüneburg braucht private Investitionen, kommunale Steuerung und gute Zusammenarbeit mit Wohnungswirtschaft, Genossenschaften und Eigentümern. Zusätzliche Auflagen müssen sich daran messen lassen, ob sie Wohnraum verbessern oder lediglich verteuern.

Bei Stellplätzen, Grünflächen, Mobilitätskonzepten und Baumschutz wollen wir realistische Lösungen. Vorgaben müssen umsetzbar sein und dürfen Baukosten nicht ohne ausreichenden Nutzen erhöhen. Gute Stadtentwicklung verbindet Wohnraum, Klimaanpassung, Mobilität, soziale Infrastruktur und Wirtschaftlichkeit.

Klima, Umwelt und Energie: wirksam, bezahlbar, technologieoffen

Klimaschutz muss wirken und umsetzbar bleiben.

Klima- und Umweltschutz sind wichtige kommunale Aufgaben. Die Stadt kann bei eigenen Gebäuden, Wärmeplanung, Grünflächen, Entsiegelung, Verkehr, Beschaffung und Klimaanpassung handeln. Entscheidend ist jedoch nicht, wie ambitioniert eine Überschrift klingt, sondern ob Maßnahmen wirken, bezahlbar sind und dauerhaft umgesetzt werden können.

Wir als FDP setzen auf praktischen Klimaschutz statt Symbolpolitik. Jede Maßnahme braucht ein Ziel, eine Kostenabschätzung, eine Wirkungserwartung und ein Pflege- oder Betriebskonzept. Neue Grünprojekte ohne gesicherte Pflege, teure Maßnahmen ohne Priorisierung oder Vorgaben ohne Umsetzbarkeit helfen weder dem Klima noch der Stadt.

Die kommunale Wärmeplanung muss transparent, technologieoffen und verständlich sein. Eigentümerinnen und Eigentümer, Mieterinnen und Mieter, Betriebe und Handwerk brauchen Orientierung, keine Verunsicherung. Die Stadt muss informieren, koordinieren und Wege aufzeigen, darf aber nicht Erwartungen wecken, die finanziell oder technisch nicht erfüllt werden können.

Wir als Freie Demokraten wollen die Zusammenarbeit mit der Avacon, Handwerk, Wohnungswirtschaft, Universität und Unternehmen weiter stärken. Dazu wollen wir die Akteure in einen regelmäßigen Austausch bringen damit der Umweltschutz besser funktioniert, wenn Fachwissen und Umsetzungserfahrung zusammenkommen. Kommunale Politik sollte ermöglichen, vernetzen und beschleunigen, nicht bevormunden.

Baumschutz und Stadtgrün sind wichtig für Klima, Aufenthaltsqualität und Stadtbild. Gleichzeitig müssen Regeln fair, nachvollziehbar und gleich angewendet werden. Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass für private Eigentümer, öffentliche Einrichtungen und große Institutionen vergleichbare Maßstäbe gelten.

Damit Lüneburg funktioniert, müssen energetische Sanierungen kommunaler Gebäude priorisiert werden, wenn sie dauerhaft Kosten senken und Gebäude nutzbar halten. Klimaschutz und solide Finanzen gehören zusammen. Nur bezahlbare und wirksame Maßnahmen schaffen Akzeptanz.

Sicherheit, Feuerwehr und Ehrenamt: verlässlich unterstützen

Wer Verantwortung übernimmt, verdient konkrete Unterstützung.

Feuerwehr, Hilfsorganisationen, Vereine, Sport, Kultur, soziale Initiativen und Stadtteilengagement tragen Lüneburg jeden Tag. Vieles, was die Stadt lebenswert macht, wird nicht durch Verwaltung allein geschaffen, sondern durch Menschen, die Verantwortung übernehmen. Dieses Engagement verdient mehr als Dankesworte.

Wir als FDP setzen darauf, die Feuerwehrbedarfsplanung konsequent umzusetzen und regelmäßig an die Stadtentwicklung anzupassen. Neue Baugebiete, veränderte Verkehrsführungen, wachsende Stadtteile und größere Veranstaltungen haben direkte Auswirkungen auf Brandschutz und Gefahrenabwehr. Die Feuerwehr muss frühzeitig eingebunden werden, wenn Quartiere geplant, Straßen umgestaltet oder Sperrungen beschlossen werden.

Gerätehäuser, Fahrzeuge, Ausbildung und persönliche Schutzausrüstung müssen Priorität haben. Sicherheit ist eine Pflichtaufgabe der Stadt. Wer hier spart, spart an der falschen Stelle. Gleichzeitig müssen ehrenamtliche Strukturen so unterstützt werden, dass Ausbildung, Einsatzbereitschaft und Nachwuchsarbeit dauerhaft gesichert bleiben.

Wir als Freie Demokraten wollen einen “Ehrenamtscheck” für neue städtische Regelungen. Bevor zusätzliche Vorgaben beschlossen werden, muss geprüft werden, was sie für Vereine, Initiativen und freiwillig Engagierte bedeuten. Bürokratie, lange Genehmigungswege und unklare Zuständigkeiten schwächen Engagement.

Veranstaltungen, Sondernutzungen und Vereinsförderung sollen einfacher, digitaler und verlässlicher werden. Stadtteilfeste, Sportveranstaltungen, Kulturangebote und ehrenamtliche Aktivitäten stärken den Zusammenhalt. Die Stadt sollte sie ermöglichen, nicht unnötig erschweren.

Damit Lüneburg funktioniert, brauchen Sicherheit und Ehrenamt konkrete Unterstützung. Das bedeutet: klare Zuständigkeiten, rechtzeitige Investitionen, weniger unnötige Bürokratie und eine Verwaltung, die Engagement als Stärke der Stadt begreift.

Kultur, Sport, Jugend und Stadtteile: Zusammenhalt vor Ort

Lüneburg ist mehr als Innenstadt - starke Stadtteile machen die Stadt stark.

Lüneburg besteht nicht nur aus der Innenstadt. Jeder Stadtteil hat eigene Stärken und eigene Herausforderungen: Verkehr, Schulen, Kitas, Kultur, Sportstätten, Nahversorgung, Grünflächen, Treffpunkte, Sicherheit und Barrierefreiheit unterscheiden sich vor Ort. Eine gute Kommunalpolitik muss diese Unterschiede sehen und ernst nehmen.

Wir als FDP wollen regelmäßige Stadtteilgespräche nutzen, um konkrete Themen aufzunehmen und daraus Ratsinitiativen zu entwickeln. Bürgerinnen und Bürger wissen oft sehr genau, wo Ampelschaltungen nicht funktionieren, Gehwege beschädigt sind, Spielplätze fehlen, Busverbindungen unpraktisch sind oder Grünflächen besser gepflegt werden müssen. Dieses Wissen spart teure Gutachten und sollte stärker in Entscheidungen einfließen.

Kultur hat für Lüneburg einen hohen Wert. Sie ist Bildung, Standortfaktor, Freizeitangebot und Teil der Identität unserer Stadt. Wir wollen Kulturförderung mit klaren Kriterien, Planungssicherheit und einem besonderen Blick auf die Bedeutung des Theaters Lüneburg als Kultur- und Bildungsort.

Lüneburgs Kulturszene ist aber weitaus mehr als die großen Einrichtungen wie das Theater Lüneburg oder die Museen. Sie ist in ihrer Vielfalt geprägt durch viele hoch motivierte und engagierte freie Kulturschaffende. Sie alle zusammen sind das Herz und die Seele Lüneburgs. Ihre Bedürfnisse zu erkennen und sie zu unterstützen, wo immer es möglich ist, stärkt unsere Stadt und erhöht die Lebensqualität der Menschen hier.

Sport ist Gesundheitsvorsorge, Jugendarbeit, Integration und Ehrenamt zugleich. Sport vermittelt Werte wie Teamgeist, Leistungsbereitschaft, Respekt und Toleranz. Sportplätze, Hallen, Vereinsräume und Schulhöfe müssen deshalb in der Investitionsplanung realistisch berücksichtigt werden. Wer Ganztagsschule, Vereinsleben und Gesundheit stärken will, braucht auch funktionierende Sportinfrastruktur.

Daher setzen wir uns für den Bau des Sportparks Bilmer Berg mit all seinen unterschiedlichen Sportanlagen ein.

Jugendbeteiligung muss ernst gemeint sein. Junge Menschen erleben Stadt aus einer eigenen Perspektive: Freizeitorte, Mobilität, Digitalisierung, Sicherheit im öffentlichen Raum, Schule und Ausbildung. Wir wollen Beteiligung, die konkrete Themen aufgreift und nicht nur symbolisch stattfindet. Deshalb unterstützen wir die Einrichtung eines Jugendparlaments mit einem beratenden Sitz im Jugendhilfeausschuss, der mit einem Antragsrecht verbunden ist.

Damit Lüneburg funktioniert, müssen Barrierefreiheit, Stadtteilinfrastruktur und Teilhabe stärker zusammengedacht werden. Wege, Haltestellen, Verwaltungsangebote und Veranstaltungen sollen so gestaltet werden, dass möglichst viele Menschen selbstständig am Stadtleben teilnehmen können.

Ratsarbeit als Grundlage: aus Erfahrung handeln

Unser Programm knüpft an konkrete Initiativen, Anfragen und Erfolge an.

Dieses Wahlprogramm entsteht nicht im luftleeren Raum. Es knüpft an die Ratsarbeit der FDP Lüneburg an. In Anfragen, Anträgen, Pressemitteilungen und Ausschussarbeit haben wir Themen aufgegriffen, die für die Funktionsfähigkeit der Stadt entscheidend sind: Haushalt, Verwaltung, Wirtschaft, Parkleitsystem, Innenstadt, Mobilität, Bauverfahren, Wärmeplanung, NUMP, Feuerwehr, Ehrenamt und wirtschaftliche Standortentwicklung.

Die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Lüneburg ist für uns ein Beispiel dafür, dass liberale Kommunalpolitik konkrete Entlastung erreichen kann. Das Thema ist in Lüneburg erledigt, während andere Orte weiterhin darüber diskutieren. Für uns bleibt entscheidend, dass kommunale Infrastruktur verlässlich finanziert wird, ohne Bürgerinnen und Bürger durch unkalkulierbare Sonderlasten zu belasten.

Beim Parkleitsystem und bei der Erreichbarkeit der Innenstadt haben wir deutlich gemacht, dass Lüneburg als Oberzentrum moderne Informationen braucht. Digitale Schnittstellen, Echtzeitdaten und eine bessere Kommunikation sind keine Nebenthemen, wenn sie Parksuchverkehr reduzieren und Besucherinnen und Besucher zielgerichtet in die Innenstadt führen können.

Bei Wirtschaft und Standortentwicklung haben wir nach Daten, Flächen, Abwanderungsgründen, Genehmigungen und Standortfaktoren gefragt. Diese Fragen bleiben zentral. Wer Arbeitsplätze sichern will, muss wissen, warum Betriebe bleiben, wachsen oder gehen. Wirtschaftspolitik braucht Fakten, nicht nur Appelle.

Bei der kommunalen Wärmeplanung, beim NUMP und bei Verkehrsprojekten haben wir Kosten, Nutzen, Umsetzbarkeit und Bezahlbarkeit eingefordert. Das bleibt unsere Linie. Wir wollen Lüneburg modernisieren, aber nicht überfordern. Wir wollen Klimaschutz und Mobilität voranbringen, aber mit realistischen Konzepten, klaren Prioritäten und nachvollziehbaren Kosten.

Die Erfahrung zeigt uns, dass "Maßnahmenkataloge" oft Einzelmaßnahmen enthalten, die aus unserer Sicht wenigstens zeitweise nicht sinnvoll sind. Als Beispiel mag der Ponton auf dem Kreidebergsee dienen, der im Katalog "Grünband Innenstadt" neben anderen sinnvollen Maßnahmen enthalten ist. Solche "Maßnahmenpakete" werden wir nicht mehr zustimmen, sondern fordern, dass jede Maßnahme einzeln abgestimmt wird.

Wir setzen bei unserer Arbeit auf Transparenz. Für Menschen in Lüneburg wichtige Entscheidungen dürfen nicht im nichtöffentlich tagenden Verwaltungsausschuss entschieden werden. Sie gehören in den Stadtrat, damit sie öffentlich diskutiert und abgestimmt werden können.

Wir haben bisher erreicht, dass Ratssitzungen gestreamt und öffentlich im Internet anzusehen sind.
Das Gleiche wollen wir für die Ausschusssitzungen erreichen, da dort nicht nur Politik miteinander diskutiert, sondern Fachleute ihr Wissen mit einbringen.

Unsere Ratsarbeit zeigt: Wir als Freie Demokraten schauen auf praktische Auswirkungen. Wir fragen nach Kosten, Zuständigkeiten, Wirkung und Umsetzung. Genau diesen Maßstab wollen wir auch im Wahlprogramm 2026 sichtbar machen.

Damit Lüneburg funktioniert.

FDP Stadtverband Lüneburg
Marie-Curie-Straße 12
21337 Lüneburg

www.fdp-stadtlueneburg.de